

Datum: 02.09.2023



Stadtratsfraktion Ansbach
Rosenbadstr. 13
91522 Ansbach
Tel. 0981 / 87526



Stadtratsfraktion Ansbach
Fischerstraße 6a
91522 Ansbach
Tel. 0981 / 66689
Fax 0981 / 4606103
ansbach.fraktion
@gruene-ansbach.de

An

Herrn Oberbürgermeister Thomas Deffner
sowie die Mitglieder des Ansbacher Stadtrates

Gemeinsamer Antrag von Grünen und ÖDP zur Vorlage im Umwelt- und Verkehrsausschuss bzw. Stadtrat

Titel:

Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ansbacher Einbahnstraßen, für die bereits Tempo 30 angeordnet ist, bis zur nächsten Sitzung des Gremiums auf die Möglichkeit einer Öffnung für den Radverkehr in die Gegenrichtung zu prüfen.

Wo ein Freigabe problemlos möglich ist, soll diese zeitnah umgesetzt werden.

Als Beispiele für in Frage kommende Straßen seien hier genannt:

Jahnstraße, Alte Poststraße, Karolinenstraße, Johannisweg, Königsberger Straße, Späthstraße, Eichenstraße, Birkenstraße, Am Anger, Finkenstraße, Albrecht-Achilles-Weg, Markgrafenring, Lunckenbeinstraße, Adolf-Bayer-Straße.

Begründung:

In der "[Allgemeine Verwaltungsvorschrift](http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de) zur Straßenverkehrs-Ordnung" VwV-StVO, (www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de) steht zu Zeichen 220:

"Beträgt in Einbahnstraßen die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht mehr als 30 km/h, soll Radverkehr in Gegenrichtung zugelassen werden, wenn

a) eine ausreichende Begegnungsbreite vorhanden ist, ausgenommen an kurzen Engstellen; bei Linienbusverkehr oder bei stärkerem Verkehr mit Lastkraftwagen muss diese mindestens 3,5 m betragen,

b) die Verkehrsführung im Streckenverlauf sowie an Kreuzungen und Einmündungen übersichtlich ist,

c) für den Radverkehr dort, wo es orts- und verkehrsbezogen erforderlich ist, ein Schutzraum angelegt wird."

Mit diesem Antrag soll der Radverkehr in Ansbach attraktiver gemacht und die Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes ermöglicht werden.

Finanzierung:

Die Anpassung der Verkehrssituation an sich verändernde rechtliche Vorgaben gehören zum laufenden Geschäft der Verwaltung und sollten haushaltsrechtlich abgesichert sein. Außerdem steht ein Deckungsring dafür zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Sabine Stein-Hoberg

Simon Mayr

Oliver Rühl

Bernhard Schmid

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Werner Forstmeier

Friedmann Seiler

Paul Sichermann

Stadtratsfraktion Ökologisch-Demokratische Partei